

## WEIZ

on deklariert eine  
g als Nigerianer. Auch, wenn

LS

mer



Abgewiesene afrikanische Asylsuchende werden gerne als  
iert – das Land nimmt sie freimütiger auf als andere Staaten.

kennen: «Die nigeria-  
stellt keine Laissez-  
sonen, die bestreiten,  
r sind.» Brigitte Hau-  
richt: «Aufgrund des

chen Aussenministe-  
aus Deutschland ab-  
sei, so die «taz», «in  
leusung westafrika-  
ge in den Schengen-

Ausländerbehörden  
missionstrick auf  
Die WOZ hätte gern  
rn der NIS-Kommis-  
die in der Schweiz ar-  
undesamt für Migra-  
eute mit Hinweis auf  
ab. rw

Resultats der NIS-Delegation erhalten  
wir die Laissez-passer direkt von der ni-  
gerianischen Botschaft in Bern.»

Bleibt eine Frage: Welches Interesse  
hat die NIS-Kommission daran, mög-  
lichst viele der ihr vorgeführten Schwarz-  
afrikanerInnen als NigerianerInnen  
anzuerkennen? «Darüber lässt sich nur  
spekulieren», sagt Anni Lanz, «denk-  
bar wäre, dass Nigeria oder einzelne  
BeamtenInnen gemessen an der Anzahl  
der Rückgeführten eine Entschädigung  
erhalten.» Laut dem Rückübernahme-  
abkommen werden den BeamtenInnen  
der «konsularischen Behörden» für die  
Sitzungen lediglich die Reisekosten  
vergütet.

Für M. B. spielen diese Mutmassun-  
gen keine Rolle mehr. Er sitzt in Aus-  
scheidungshaft. Ihm wurde gesagt, er  
werde am 15. November mit einem Spe-  
zialcharter nach Nigeria ausgeflogen. In  
ein Land also, in dem er vermutlich noch  
nie vorher war. ◆

## MIGROS/SORGIM

## Orange Revolution

Das ist der Traum vieler BloggerInnen:  
mit einer Website einen Grosskonzern ins  
Schwitzen bringen. Unternehmen wie  
Swissmetal, Nestlé oder Esec mussten das  
erfahren. Die meist anonymen Blogger-  
Innen kritisierten Vorgänge in den Fir-  
men oder zerrten Interna ans Tageslicht –  
und zwangen die Firmen zum Handeln.

Die Möglichkeiten des Internets  
macht sich auch der 41-jährige Thalwiler  
Marketingspezialist Pierre Rappazzo zu-  
nutze. Er knöpft sich die Firma mit den  
meisten Arbeitsplätzen der Schweiz vor –  
die Migros. Dazu hat er den Verein Sor-  
gim gegründet. Ziel ist, die Migros zu de-  
mokratisieren. Sie soll sich auf die The-  
sen ihres Gründers Gottlieb Duttweiler  
und die Statuten der Genossenschaft zu-  
rückbesinnen. Denn die Migros ist basis-  
demokratisch organisiert und gehört den  
zwei Millionen Mitgliedern der zehn re-  
gionalen Genossenschaften. Jedes Mit-  
glied könnte mitbestimmen, indem es  
sich in einen Genossenschaftsrat wählen  
lässt. «Das ist sich kaum jemand be-  
wusst», sagt Rappazzo. Zum Teil kennen  
nicht einmal die Genossenschaftsräte die  
Statuten. Kein Wunder, verlaufen die  
Wahlen in diese Gremien still.

Die Statuten besagen etwa, dass die  
Migros mit einer «gesunden Familien-  
und Sozialpolitik» zur «materiellen und  
sozialen Wohlfahrt des Einzelnen und der  
Allgemeinheit» beitragen will. Die Rich-  
tlinien basieren auf Duttweilers Gedan-  
kengut. In dessen Thesen finden sich Sät-  
ze wie: «Wir müssen wachsender eigener  
materieller Macht stets noch grössere so-  
ziale und kulturelle Leistungen zur Seite  
stellen.» Oder: «Die Löhne und Saläre  
wie auch die Arbeitsbedingungen und das  
Verhältnis zu der Arbeiter- und Angestell-  
tenschaft müssen vorbildlich sein.»

Solche Sätze treiben wohl jedem Ge-  
werkschafter Tränen in die Augen. Doch  
VertreterInnen von Unia und Syna konn-  
ten in Verhandlungen bei der Migros we-  
nig soziales Gedankengut erkennen: Bei-  
de Gewerkschaften sind nicht mehr Sozi-  
alpartner der Migros. Die Unia kritisiert  
den neuen Landes-Gesamtarbeitsver-  
trag (GAV) als «Sozialabbau auf dem  
Buckel der Angestellten». Die Migros  
bestreitet das. «Unia hat nach dem  
Zusammenschluss 450 GAV von den  
Vorgängerorganisationen übernommen.  
Drei Firmen weigerten sich, einen GAV  
mit uns abzuschliessen: Die Ems-Che-  
mie, der Verband der Camionneure Astag  
und die Migros», sagt Unia-Sprecher  
Nico Lutz. Unia-VertreterInnen seien  
mehrmals wegen Aktionen in Migros-Fi-  
lialen verklagt, vor Gericht aber freige-  
sprochen worden. Auch das bestreitet die  
Migros. Die Mindestlöhne liegen um  
3400 Franken. In den letzten Jahren stie-  
gen die Löhne des Migros-Manage-  
ments. Die Zahl der Angestellten sank  
hingegen 2005 trotz stark wachsendem  
Gewinn um 1223 auf 81 049.

Zu Themen wie Mindestlöhne äus-  
sert sich Sorgim-Präsident Rappazzo  
nicht. Erst will er offene Wahlen erzwin-  
gen. Dann sollen sich die Genossen-  
schafterInnen via Internet auf eine Fir-  
menstrategie einigen. Rappazzo nennt  
das «digitale Demokratie». Dazu sucht  
er MitstreiterInnen und Migros-Genos-  
schafterInnen, die den KandidatIn-  
nen auf den Wahllisten die Stimme ge-  
ben. Anreiz zum Mitmachen gibt ein  
Punktesystem (siehe [www.sorgim.ch](http://www.sorgim.ch)).  
Die Wahllisten müssen zehn Wochen vor  
dem nächsten Wahltermin im Juni 2008  
beim Wahlbüro der Migros eintreffen  
und mindestens von einem Prozent der  
stimmberechtigten Genosschafter-  
Innen unterzeichnet sein. In der Genos-  
senschaft Zürich sind das 3000 Mitglie-  
der. Sorgim schaffte es 2004 nicht,  
rechtzeitig genügend KandidatInnen zu  
rekrutieren. Das soll sich 2008 nicht  
wiederholen. In den Genossenschaften  
Zürich, Aare, Basel, Luzern und Ost-  
schweiz werden Wahllisten eingereicht.  
Gewinnt Sorgim dort die Mehrheit,  
kann der Verein die Mitglieder in die De-  
legiertenversammlung, dem höchsten  
Migros-Gremium, stellen.

Die laufenden Debatten über Ab-  
zocker machen Rappazzo ebenso Hoff-  
nung wie die Vergangenheit: In den  
achtziger Jahren erzwang die Bewegung  
M-Frühling mit dem ehemaligen Mi-  
gros-Mann Hans A. Pestalozzi offene  
Wahlen und schaffte auf Anhieb zwanzig  
Prozent der Stimmen.

Beat Camenzind

[www.sorgim.ch](http://www.sorgim.ch)